



CDU

CDU Espelkamp

„Sieben Schwerpunkte für Espelkamp“

Unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2004



Sieben Schwerpunkte für Espelkamp

- 1. Stadtentwicklung / Wirtschaftsförderung**
- 2. Sicherheit für Espelkamp**
- 3. Bildung, Schule, Ausbildungsplätze**
- 4. Kultur, Freizeit, Sport**
- 5. Eine Stadt für Jung und Alt**
- 6. Kommunalunternehmen (AöR) Stadtwerke**
- 7. Aktivitäten**

Foto Seite 1: Der neue Fußweg vom Kreisel Koloniestraße / Birger-Forell-Straße ist eine Augenweide und erleichtert das Erreichen unseres Bahnhofs.

Impressum / V.i.S.d.P.

Herausgegeben: 19.07.2004
CDU Stadtverband Espelkamp
Detlef Beckschewe
Bauschlingeweg 5
32339 Espelkamp
Tel.: 05743 / 4838
Email: detlef.beckschewe@
sdirekt-net.de

www.cdu-espelkamp.de

1: Stadtentwicklung / Wirtschaftsförderung

a) Modernisierung der Verwaltung zukunftsweisend

In der zurückliegenden Legislaturperiode wurde der Verwaltung ein modernes Gesicht gegeben. Das Bürgerbüro wurde eingerichtet und die Verwaltung komplett umgestellt. Die Dezernate sind den Fachbereichen gewichen, und die Neuordnung der Wirtschaftsbetriebe in ein Kommunalunternehmen (AöR) zum 01.01.2005 wird in die Wege geleitet.

b) Förderung der Stadtentwicklung ist zentrales Thema

Die Förderung einer integrierten Stadtentwicklung ist der entscheidende Schwerpunkt der kommunalen Arbeit der CDU Espelkamp. Zur Koordination wurde der Fachbereichsleiter 3, Heiner Brockhagen, direkt dem Bürgermeister Heinrich Vieker unterstellt. Im Fachbereich 3 „Stadtentwicklung“ wurden Stadtplanung, Grundstücksverkehr und Wirtschaftsförderung sowie Bauordnung und Denkmalschutz zusammengefasst. So konnten Wege verkürzt und alles aus einer Hand angeboten werden.

c) Wirtschaftsförderung schafft Arbeitsplätze

Für die Standortsicherung heimischer Unternehmen sowie die Ansiedlung weiterer Firmen ist es zwingend erforderlich, ein ausreichendes Angebot an Gewerbe- und Mischgebietsgrundstücken an attraktiver, verkehrsgünstiger Lage bereit zu stellen. Vor diesem Hintergrund sollen die beiden zentralen gewerblichen Expansionsflächen nördlich der General-Bishop-Straße, bzw. das Industriegebiet am Mittellandkanal weiter entwickelt werden. Zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik durch die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes pro Mittelstand in Espelkamp sind folgende Maßnahmen einzuleiten:

Federführend durch die Wirtschaftsförderung sollen einmal im Jahr ein Unternehmenssymposium sowie drei- bis viermal im Jahr Wirtschaftsgespräche stattfinden. Begleitend sind auf der Grundlage von Gewerbegebiets- bzw. Unternehmergesprächen Branchennetzwerke aufzubauen. Die Förderung und Beratung von Existenzgründern ist elementarer Teil der Wirtschaftsförderung. Die Förderung der Kontakte zwischen Schulen und Unternehmen muss ebenfalls ausgebaut werden.

d) Städtebauliche Entwicklung der Breslauer Straße

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Profilierung und Städtebauliche Entwicklung der Breslauer Straße als Zentrum. Um eine gesunde Mischung aus Einkaufen, Kultur und Dienstleistungen anbieten zu können, sind folgende Projekte vorrangig zu betreiben:

- **Weiterentwicklung des Flächenmanagements**
- **Städtebauliche Entwicklung des Standortes Breslauer Straße Süd-Ost zwischen Breslauer und Görlitzer Straße als zentrale Entwicklungsfläche mit der Aufbaugemeinschaft**
- **Bildung einer Immobilien- und Standortgemeinschaft für die Osthälfte der Breslauer Straße**
- **Entwicklung eines Masterplans mit dem Ziel einer Attraktivitätssteigerung des Angers**
- **Förderung von Veranstaltungen zur Verbesserung des Images und der Erlebnisqualität der Innenstadt**

e) **Integriertes Handlungskonzept „Soziale Stadt“**

Das integrierte Handlungskonzept „Soziale Stadt“ mit den dazu formulierten räumlichen Handlungsschwerpunkten in der Gabelhorst, am Bahnhof, im Anger, am Wilhelm-Kern-Platz und in den 50er-Jahre Siedlungen muss weiter entwickelt und umgesetzt werden. Hier ist vor allen Dingen die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Espelkamp und der Aufbaugemeinschaft gefordert, aber auch die Schulen, die Kirchen, die Vereine, die freien Wohlfahrtsverbände und alle weiteren Beteiligten sind partnerschaftlich einzubeziehen.



Unser Jugendzentrum an der Kantstraße platzt aus allen Nähten und gibt vielen Jugendgruppen nicht mehr die Möglichkeit einer anstrengenswerten Jugendarbeit.

Die Gabelhorst als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf ist gemeinsam mit der Aufbaugemeinschaft attraktiver zu gestalten. Hochhäuser mit hoher Leerstandsquote sollten abgerissen, bzw. zurückgebaut werden. Besser noch wäre der Ersatz durch Einfamilienhäuser.

Das Nutzungskonzept für unseren neuen Bahnhof steht, der Vorplatz wird zur Zeit gerade neu gestaltet und die Mittel für eine „Park & Ride-Anlage“ und eine Mobil-Agentur stehen zur Verfügung. Ein Fahrradshop und weitere Ladenlokale sind angedacht.

Die Errichtung eines Jugendzentrums im ehemaligen Lokschuppen und den dazugehörigen Außenanlagen in dem überdachten Bereich wird in den nächsten Jahren realisiert.

Für die 50er-Jahre-Siedlungen wurden hoffnungsvolle Konzepte vorgelegt und ein Konsens zwischen Verwaltung und Aufbau erzielt.

Der Stadtbauhof nimmt für Espelkamp alle stadtspezifischen Arbeiten wahr und beschäftigt 28 Personen. Dabei kostet allein die Grünpflege etwa 450 000,- Euro im Jahr.



f) Weiterentwicklung der Kernstadt und der Ortschaften

Die Grundlage zur Bereitstellung und Entwicklung attraktiver Wohngebiete im Stadtzentrum und in den Ortsteilen wurde mit dem Gebietsentwicklungsplan geschaffen. Dazu gehört auch die Entwicklung einer gesamtstädtischen Ausgleichs- und Ersatzflächenkompensation in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft.

Die CDU Espelkamp legt Wert auf die Weiterentwicklung und Umsetzung des integrierten Dorfentwicklungskonzeptes für die Ortsteile Fiestel, Gestringen, Isenstedt und Frotheim. Sie wird die Erarbeitung von Dorfentwicklungskonzepten für die Dörfer Fiestel und Isenstedt, die noch keine abgeschlossenen Konzepte haben, unterstützend begleiten. Die Stärkung der Identität der Ortsteile ist durch den städtebaulichen Fachbeitrag als Anlage zum Gebietsentwicklungsplan gesichert. Hier wurden in Fiestel, Gestringen, Isenstedt und Frotheim weitere Schwerpunktentwicklungen abgesichert.

Die Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Wohnraumversorgung im Zentrum wird ebenso ein Schwerpunkt unserer zukünftigen Arbeit sein. Dabei setzen wir auf die Entwicklung kooperativer Planungsverfahren unter weitgehender Beteiligung der Bürgerschaft. Die Förderung von Initiativen bzw. bürgerschaftlichen Engagements bei Projekten der Stadtentwicklung ist und bleibt oberstes Ziel.



Die Ostanrampung der Fritz-Steding-Brücke weist Straßenschäden auf. Sie sollen noch in diesem Jahr behoben werden.

2: Sicherheit für Espelkamp

Bei den Kommunalwahlen vor fünf Jahren forderten wir eine gesteigerte Polizeipräsenz nicht nur für unser Stadtgebiet, sondern auch für den gesamten Altkreis Lübbecke. Ebenfalls verlangten wir die Zusammenlegung der Polizeiwachen Lübbecke und Espelkamp zwecks Bündelung der Polizeikräfte für einen schlagkräftigeren Einsatz in einer neuen Dienststelle am Kanal bzw. an der B 239. Leider ist Letzteres nur halbherzig zum Tragen gekommen, wobei sich allerdings die Poolbildung der Kräfte der beiden Wachen sehr positiv ausgewirkt hat. Eine Polizeiverstärkung ist leider nicht erreicht worden, da das Land nicht zu einer Personalaufstockung bereit ist.

Das Ziel unserer Ordnungshüter muss es nun sein, die Qualität der Polizeiarbeit trotz der relativen Personalschwäche weiter zu verbessern. Erfolge liegen schon vor. Die Kriminalitätszahlen sind um acht Prozent rückläufig, bei einer stark verbesserten Aufklärungsquote von 58 Prozent.

Eine bei Nacht nicht besetzte Polizeiwache hat für Aufregung gesorgt. Da Notrufe an die Polizei in den Nachtstunden sowieso in Minden eingehen und unsere Einsatzwagen auch von dort aus eingesetzt werden, ist es durchaus sinnvoll, in der augenblicklichen Situation, unsere Wache nachts unbesetzt zu lassen und damit Kräfte für den Streifen dienst freizusetzen, so dass notfalls ein zweiter Streifenwagen zum Einsatz kommen kann. Zur Zeit gibt es die Sicherheitslage betreffend in Espelkamp keine besonderen Auffälligkeiten.

Wieder an eine Rettungswache in Espelkamp zu denken, ist in dieser Zeit der knappen Kassen illusorisch. Nach wie vor aber können wir stolz auf unsere Feuerwehr sein, die in der Regel innerhalb von drei bis fünf Minuten am Einsatzort ist und über eine herausragende Schlagkraft verfügt, was wir uns andererseits auch etwas kosten lassen. So gibt Espelkamp pro Einwohner der Stadt zum Beispiel 26,78 Euro, also in diesem Jahr insgesamt 719 900.- Euro für die Feuerwehr aus. In Lübbecke sind es im gleichen Zeitraum

6,40 Euro pro Einwohner, also insgesamt 165 000.- Euro.

Zusammenfassend sei gesagt, dass die Stadt Espelkamp ihren Möglichkeiten entsprechend alles tut, um größtmögliche Sicherheit für ihre Bürger zu erreichen. So lebt man den Polizeistatistiken der letzten Jahre nach in Espelkamp sicherer als in Lübbecke. Wir hoffen, dass das auch weiterhin so bleibt.

Der Busbahnhof an unserem Schulzentrum.

Mit dieser segensreichen Einrichtung ist das Leben unserer Kinder sicherer geworden.



3: Bildung, Schule, Ausbildungsplätze

Wir haben in Espelkamp ein komplettes Angebot an Schulen. Für deren Bestand und qualitative Verbesserung wird sich die CDU weiterhin nach Kräften einsetzen

Grundschulen sind flächendeckend in Espelkamp vorhanden. Davon ist eine Grundschule mit einem Ganztagsbetrieb (ein Zug) ausgestattet. Auch wird es in nächster Zeit ein Angebot für eine offene Ganztagsgrundschule geben.

Zwei gut ausgebaute Hauptschulen, im Zentrum und im westlichen Zentrum, mit hervorragender Ausstattung erleichtern das Lehren und Lernen.

Realschule und Gymnasium – beide in Trägerschaft der Evangelischen Kirche – haben in der Region einen hervorragenden Ruf und ergänzen das Angebot im allgemeinen Schulbereich.

Bekanntlich befinden sich das Söderblom-Gymnasium und die Birger-Forell-Realschule in kirchlicher Trägerschaft. Beim Um- bzw. Neubau der Realschule musste sich die Stadt aber dennoch auf Grund der kirchlichen Finanzschwäche mit fünf Millionen Euro an den Kosten beteiligen, was auch ein Grund für die Forderung nach der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wurde.

Die Martinsschule als Sonderschule für Lernbenachteiligte hat ebenfalls seinen Standort im westlichen Zentrum von Espelkamp. Der Träger dieser Schule ist ein Zweckverband bestehend aus den Kommunen Stemwede, Rahden und Espelkamp.

Für die berufliche Bildung ist im Zusammenwirken mit Industrie, Handwerk und Handel das Berufskolleg an der Trakehner Straße eingerichtet worden. In diesem Zusammenhang ist die jährlich stattfindende Berufsausbildungsmesse „BAM“ eine beispielhafte Möglichkeit für junge Leute, um sich über berufliche Ausbildungschancen zu informieren.

Die Volkshochschule mit ihren vielen Kursangeboten im allgemeinen, kulturellen, sprachlichen und kaufmännischen Bereich stellt ein umfassendes Angebot für die berufliche Weiterbildung bzw. für den Wiedereinstieg von Frauen zur Verfügung.

Die Förderschulen im Ludwig-Steil-Hof bieten in intensiven Sprachkursen das Erlernen der deutschen Sprache an – besonders für junge Ausländer und Spätaussiedler. Dieser Bereich ist für die Integration besonders wichtig. Die CDU fordert daher die Regierungen in Berlin und Düsseldorf auf, die finanziellen Zuwendungen nicht noch weiter zu kürzen.

Das Land NRW wird aufgefordert, ausreichend Geld für den Unterricht an Schulen bereit zu stellen. Junge Menschen haben nur eine Chance im Beruf, wenn sie eine entsprechende Schulausbildung haben.

Wir, die CDU in Espelkamp, werden alles tun, um das hervorragende schulische Angebot zu erhalten und, wo nötig, zu verbessern.



Eines der neuen Schulgebäude der Birger-ForellRealschule

4: Kultur, Freizeit, Sport

Espelkamp ist mit seinem schulischen und kulturellen Angebot „spitze“. Dieses haben unabhängige Organisationen (IHK und ECON-Consult) in ihren Studien festgestellt. Wir sind stolz auf unser neues Neues Theater. In einer besonderen Kraftanstrengung und mit großzügiger Unterstützung (besonders durch Familie Harting) konnte das schon in die Jahre gekommene Theater grundsaniert und modernisiert werden. Die Erneuerung war nötig, um den neuen verschärften Sicherheitsauflagen zu genügen – anderenfalls drohte die Schließung.

Unser Freizeitbad „Atoll“ erfreut nicht nur die Menschen Espelkamps, sondern ist auch im weiten Umland sehr beliebt.



Wir sind dankbar, dass es viele Vereine, Gruppen und Organisationen in Espelkamp gibt, die sich ehrenamtlich im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich engagieren. So konnte auch in diesem Jahr das Waldfreibad wieder geöffnet werden. Ein herzliches Dankeschön richtet sich an den neu gegründeten Verein „Pro Waldfreibad“, der sich zusammen mit der Bürgerinitiative und vielen ehrenamtlichen HelferInnen intensiv um die Herrichtung des Waldfreibades gekümmert hat. Der Bevölkerung steht nun wieder ein attraktives Freibad zur Verfügung.

Natürlich wird sich die CDU auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die finanziellen Hilfen für die Vereine im Rahmen des genehmigten Haushalts gezahlt werden.



Espelkamp unterhält eines der schönsten Freibäder weit und breit und wünscht sich einen noch besseren Besuch, um die hohen Kosten zu mindern.

Immerhin konnten inzwischen die Ausgaben für unsere Bäder von 1.150 000.- Euro auf 800 000.- Euro pro Jahr zurückgeführt werden.

5: Espelkamp – eine Stadt für Jung und Alt

a) Jugendpolitik

Die aus dem Jugendzentrum geäußerten Klagen über die Beengung im derzeitigen Gebäude und die damit verbundene Einschränkung der Arbeit veranlassten uns, über eine bessere Möglichkeit für die Jugendarbeit nachzudenken. Wir kamen zu dem Schluss, leer stehende Räumlichkeiten im lang gezogenen Bahnhofsgebäude in einem weit größeren Umfang zur Verfügung zu stellen und entsprechend herzurichten. Die CDU wird noch vor den Kommunalwahlen das Gespräch mit dem Jugendzentrum suchen, um über Möglichkeiten und Wünsche zu sprechen, damit im Haushalt 2005 die nötigen Mittel bereit gestellt werden können. Ansonsten hat die Stadt Espelkamp **3,3 Millionen Euro** für Jugendpflege an den Kreis als Träger der Jugendarbeit abzuführen



Das von der Stadt erworbene Bahnhofsgebäude mit seinen unterschiedlichen Räumlichkeiten bietet sich geradezu als Jugendzentrum an.

b) Familienpolitik

Wenn wir nicht in Kauf nehmen wollen, dass die Bevölkerung in Deutschland und somit auch in unserer Stadt weiter zurückgeht, muss Familien mit Kindern frühzeitig Hilfen angeboten werden.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird sich die CDU in Espelkamp auch künftig für familiengerechten Wohnungsbau sowie ein entsprechendes Wohnungsumfeld und eine an der Familie ausgerichtete Jugendarbeit einsetzen (Ferienspiele, Jugendzentrum, etc.).

Kinder brauchen Freiräume. Sie müssen sich austoben können. Daher werden wir mittelfristig ein Konzept für eine kinder- und jugendfreundliche Kommune entwickeln.

Familien mit Kindern wollen wir auf diese Weise die umfassenden Hilfen anbieten, die sie benötigen.

Im Zuge des demographischen Wandels werden ungefähr ab 2010 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt. Diese Notwendigkeit erfordert eine Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung. Dazu ist die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen eine notwendige Voraussetzung.

Wir werden auch künftig für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, Kinderbetreuung und Pflege eintreten. Die CDU wird sich in verstärktem Maße für den Erhalt der jeweils notwendigen Betreuungsangebote in Tageseinrichtungen und Schulen einsetzen.

Wegen des rapiden Umbruchs in unserer Gesellschaft möchten wir zusätzlich die Schaffung von flexiblen Lösungen für Betreuungsangebote zu atypischen Zeiten (z.B. abends, samstags, nur an einzelnen Wochentagen o.Ä.) anstoßen bzw. einleiten, um rechtzeitig die künftig notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Auf diese Weise möchten wir Frauen den Weg ebnen, die sich ihnen künftig bietenden Chancen nutzen zu können, ohne auf eine Familie – und vor allem Kinder – verzichten zu müssen.

Unser Gabelweiher gehört zu den schönsten Stadtbereichen und ist bei der Bevölkerung mit seiner Wassertierwelt sehr beliebt. Hier finden auch regelmäßig die überörtlichen „Dickschifftreffen“ statt



c) Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft steigt. Die Bevölkerung dagegen nimmt drastisch ab, denn die Geburtenzahlen gehen seit Jahrzehnten zurück. Dieser demographische Wandel stellt Kommunen vor große Herausforderungen und sollte deshalb als Querschnittsthema eine wichtige Schlüsselstellung einnehmen.

Die CDU in Espelkamp nimmt diese Herausforderung an. Denn alle Lebensformen sind gleichwertig. Ältere Menschen sind mit ihren Erfahrungen und ihrem sozialen Engagement ein großer Gewinn für die Gesellschaft und somit auch für unsere Kommune. Der demographische Wandel und die enorme Verlängerung der durchschnittlichen Lebenszeit dürfen nicht primär als Problem, sondern müssen als Gewinn gesehen werden. Ältere Menschen sind weder der alte, graue Teil unserer Gesellschaft, noch sind sie als „Rentnerberg“ anzusehen. Sie sind vielmehr Menschen einer Generation, deren altersbedingte Probleme aufgezeigt und gelöst werden müssen.

Die CDU stellt sich dieser Aufgabe und setzt sich deshalb für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik ein, die sich an den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung orientiert. Weil differenzierte Bedürfnisse differenzierte Hilfe erfordern, streben wir konkret Folgendes an:

Soziale Dienste – Erweiterung des Angebotes

Die aktuellen Entwicklungen (Vereinbarkeit von Familienpflege und Beruf) führen zu neuen Anforderungen an soziale Dienstleistungen hinsichtlich ihres Leistungsspektrums und ihrer Flexibilität (professionell erbrachte Dienste, Ehrenamt, Selbsthilfe, Familienhilfe, Wochenendpflege, Pflegesitter, Kontaktforen für Pflegende).

Altenwohnungen

Das Angebot an Altenwohnungen (behindertengerecht gebaut bzw. umgebaut und so bewohnbar bis ins hohe Alter) soll dem aktuellen Bedarf jeweils zeitnah angepasst werden.

Wohngemeinschaften

Wir wollen gezielt auf die Bildung von Wohngemeinschaften für aktive Senioren hinwirken.

Ambulante soziale Hilfsdienste

Diese Dienste (Einkaufen, Reinigung der Wohnung, Vorlesen etc.) müssen vermehrt und insbesondere kostengünstig angeboten werden.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir zur Schaffung eines altersgerechten Wohnumfeldes sowie zur Förderung des selbst bestimmten Wohnens im Alter beitragen.



6: Kommunalunternehmen (AöR) Stadtwerke

a) Die Stadtwerke Espelkamp werden zum 01.01.2005 eine AöR

Die Stadtwerke Espelkamp, Anstalt des öffentlichen Rechts, werden ein selbstständiges Unternehmen der Stadt Espelkamp in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen). Dabei werden Wasserversorgung, Abwasserentsorgung mit Abwasserbetrieb, Bäderwesen, Straßenbau und -unterhaltung, Wärmeversorgung, Baubetriebshof und zum Teil das Friedhofswesen in einem Unternehmen zusammengefasst.

Mittlerweile gibt es in NRW etwa 25 Städte und Gemeinden, die den Schritt zu einem Kommunalunternehmen gewagt haben. Die Erfahrungen mit der Anstalt des öffentlichen Rechts sind dabei durchweg positiv und so kommen die Kommunen zu folgendem Fazit:

Die AöR ist insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen ein hervorragendes Instrument zur Bündelung hoheitlicher und wirtschaftlicher Betätigungen in einem Unternehmen, um so Synergien zu erschließen und sich auf die eigenen Kräfte und Potenziale zu besinnen, ohne steuerliche Nachteile zu erfahren.

Am 21.07.2003 wurde die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl & Partner mit der Erstellung einer gutachtlichen Stellungnahme zur Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts durch die Stadt Espelkamp beauftragt. Dabei sollten auch alternative Organisationsformen geprüft werden. Mit der Errichtung der AöR werden folgende Ziele verfolgt:

Erschließung von Synergien durch kostenreduzierte Bündelung von Aufgaben.

Beitrag zur Haushaltskonsolidierung durch Erwirtschaftung der Abschreibungen.

Sicherstellung der Aufgabenerfüllung vor Ort.

Sicherstellung der Arbeitsplätze.

Synergien werden durch Bündelung artverwandter Aufgaben mit Konzentration von Fachwissen, Optimierung von Ablaufprozessen, Poolung von Arbeitskräften, konzentrierte Kundenansprache und Bündelung von Leitungsfunktionen erwartet.

Für die von der Errichtung einer AöR betroffenen Mitarbeiter der Stadt bzw. Stadtwerke hat diese neue Struktur keine Auswirkungen, denn alle Dienstverhältnisse werden zu den derzeitigen Bedingungen übernommen – die Arbeits- und Dienstverhältnisse haben Bestandsschutz. Dieses gilt im Übrigen unabhängig davon, ob die zukünftige

AöR dem kommunalen Arbeitgeberverband beitrifft oder nicht. Diese Tatsache hat den Personalrat, der von Anfang an in alle Beratungen eingebunden war, dazu bewogen, der Bildung einer AöR positiv gegenüber zu stehen. Die gezielt unter den Beschäftigten gestreuten Gerüchte über negative Folgen des Übergangs in die AöR sind haltlos.

Abweichungen vom derzeitigen Status der Beschäftigungen können allenfalls bei Neueinstellungen greifen. Dieses kann der Fall sein, wenn die AöR nicht dem kommunalen Arbeitgeberverband beitrifft. Hier hätten wir dann aber auch keinen „tariffreien“ Raum, sondern die AöR wäre mit ihren einzelnen Aufgabenbereichen an verschiedene Tarife gebunden. Aber über Neueinstellungen wird derzeit keinesfalls nachgedacht, denn durch die Bildung der AöR sollen solche Synergieeffekte eintreten, dass auch beim Ausscheiden einzelner Bediensteter nicht unbedingt sofort Neueinstellungen zu erfolgen haben.

Natürlich ist die Errichtung einer AöR auch mit Kosten verbunden. In erster Linie ist dabei die anfallende Grunderwerbsteuer in Höhe von etwa 120 000.- Euro, wenn ein Wechsel in der Rechtsträgerschaft erfolgt. Dieses ist schmerzlich, aber diese Ausgabe erscheint der CDU bei allen sich ergebenden wirtschaftlichen Vorteilen vertretbar. Ferner entstehen Kosten für die Beratungen in Bezug auf Satzung und Struktur der AöR. Aufwendungen für die Wertermittlung bzw. für die Eröffnungsbilanzen sind Ausgaben, die unabhängig von der Errichtung der AöR anfallen – nämlich spätestens bei der Einführung des NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement). Der Gründungsaufwand ist insgesamt vertretbar und kann nicht hinderlich für die Einrichtung der AöR sein.



Unser Wasserwerk ist nach Rohrerneuerungen im Werk wieder in bester Verfassung und mit 3% Wasserverlust spitze. Es fördert jährlich etwa 800 000 cbm bestes Trinkwasser und bezieht darüber hinaus etwa 400.000 cbm Trinkwasser vom Wasserbeschaffungsverband Gehlenbeck. Es erwirtschaftet für unsere Stadt etwa 250 000.- Euro Konzessionsabgabe im Jahr.

Die GmbH scheidet aus, da die Wahrnehmung von Aufgaben als Erfüllungsgehilfe im hoheitlichen Bereich und die Gebühren erhöhende Steuerbelastung nicht akzeptabel sind und weil ihr weder EU noch NRW Fördermittel zur Verfügung stellen.

Die Eigenbetriebslösung ist nur der zweitbeste Weg. Die von der Politik selbst gewollte größere Unabhängigkeit und die damit verbundenen schnelleren Entscheidungsprozesse ließen die AöR als einzige Alternative erscheinen. Ausschlaggebend war die steuerlich neutrale Bündelung von hoheitlichen Aufgaben und wirtschaftlichen Betätigungen, die Betonung der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung bei gleichzeitiger Wahrung der Steuerungsmöglichkeiten durch den Rat. Probleme mit den Zusatzversorgungskassen und mit den Finanzämtern werden, wie bei allen anderen schon gegründeten Kommunalunternehmen, nicht erwartet.

Im Friedhofswesen wird es zu großen Umstellungen kommen müssen, wenn wir den künftigen Vorgaben gerecht werden wollen.



b) Espelkamp - Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Am 12.05.2004 hat der Rat der Stadt Espelkamp mehrheitlich (ausschließlich mit Stimmen der CDU-Fraktion) der Gründung einer AöR zugestimmt. Grundlage für diese Entscheidung war das Gutachten der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH, Köln. Diese Entscheidung für die AöR wurde mit insgesamt drei Vorbehalten versehen:

- 1. Die Finanzverwaltung muss im Rahmen einer verbindlichen Auskunft erklären, dass die praktizierte Verrechnung von Gewinnen und Verlusten in der derzeitigen Rechtsform „Eigenbetrieb“ auch für den Betrieb in der Rechtsform einer AöR Bestand hat.**
- 2. Die Finanzverwaltung muss weiterhin im Rahmen einer verbindlichen Auskunft erklären, dass die Leistungen zwischen der AöR und der Stadt nicht als Leistungsaustausch im Sinne des Umsatzsteuerrechts angesehen werden und damit nicht der Umsatzsteuer unterliegen.**

3. Die Zusatzversorgungskasse für den Öffentlichen Dienst muss erklären, dass mit der Überführung von Bediensteten von der Stadt in die AÖR keine Ausgleichszahlungen verbunden sind.

Nur wenn diese Vorbehalte durch positive Erklärungen erledigt werden können, steht die Entscheidung für die Bildung einer AÖR. Ansonsten, so der zum Ausdruck gebrachte politische Wille der CDU, ist der so genannte „erweiterte Eigenbetrieb“ als zweitbeste Lösung das Ziel der für notwendig erachteten Umstrukturierungen.

In der AÖR werden zukünftig folgende Bereiche wirtschaftlich und organisatorisch zusammengefasst:

1. **Wasserversorgung**
2. **Abwasserentsorgung mit Abwasserbetrieb**
3. **Wärme- und Energieversorgung (BHKW)**
4. **Freizeitbad „Atoll“ und Waldfreibad**
5. **Baubetriebshof**
6. **Bewirtschaftung der Friedhöfe**



Unser modernes Klärwerk ist für einen Einwohnergleichwert von 35.000 Menschen ausgelegt und beschäftigt 14 Mitarbeiter und drei Auszubildende.

Wie wichtig die Vorlage des oben erwähnten Gutachtens für die Entscheidungsfindung zugunsten der AÖR war, kann dadurch belegt werden, dass an Stelle der zunächst geplanten Einbringung des gesamten Friedhofwesens in die AÖR letztlich nur die Bewirtschaftung der Friedhöfe der AÖR zugeordnet werden soll. Die Einbringung des gesamten Friedhofwesens in die AÖR hätte auf Grund bilanzieller Vorschriften dazu geführt, dass der gesetzlich vorgeschriebene Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben bei dieser kostendeckenden Einrichtung nur entweder durch eine Gebührenerhöhung im Bestattungswesen oder durch einen Verlustausgleich seitens der Stadt erreichbar wäre. Beides wäre nicht vertretbar, und so soll nur die Bewirtschaftung durch die AÖR erfolgen.



Das Rückgrat unserer Feuerwehr sind sechs hauptamtliche Kräfte sowie 11 Mitarbeiter der IGEU-Feuerwehrbereitschaft GmbH, die zu jeder Zeit abberufen werden können. Im Notfall stoßen die freiwilligen Feuerwehrleute der Löschzüge Ost, Mitte und West zu ihnen. Espelkamp unterhält mit dieser Einrichtung ein äußerst schlagkräftiges Instrument.

Was bringt uns diese neue Struktur, in der der größte Teil der gebührenträchtigen Bereiche der Betätigung der Stadt in eine eigene, selbständige Organisationseinheit ausgegliedert wird. Noch wichtiger ist aber die Frage, was die Bürger unserer Stadt von dieser Maßnahme erwarten können.

Die AöR ist ein rechtlich selbständiges Subjekt, das verwaltungsmäßig von der Stadt strikt getrennt ist. Die AöR hat ein eigenes Kassen- und Rechnungswesen einzurichten, welches die kaufmännischen, wirtschaftlichen und handelsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen hat. So ist es möglich, sofort ab Bildung der AöR die für eine verursachungsgerechte Gebührenfestsetzung nötige Transparenz in die Ausgaben zu bringen. Ein „Versickern“ von Einnahmen im laufenden Verwaltungshaushalt der Stadt ist dann nicht mehr möglich. Im Haushalt einer Stadt ist diese Transparenz erst nach vollständiger Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ (NKF) erreichbar – voraussichtlich also erst ab dem Jahre 2008.

Gegenüber einem Eigenbetrieb hat die AöR den Vorteil, dass sie rechtlich selbständig ist und sich nicht an das Kamerale Kassensystem der Stadt gebunden ist. Eine doppelte Bearbeitung von Vorgängen im Kamerale Kassensystem der Stadt und im kaufmännischen Rechnungswesen des Eigenbetriebes entfällt. Da sich im kaufmännischen Rechnungswesen Vorgänge „schlanker“ bearbeiten lassen, ohne dabei die Übersicht bzw. Kontrolle zu gefährden, führt die Errichtung einer AöR zu den Personaleinsparungen,

die auf der anderen Seite für die Einführung des NKF unabdingbar zusätzlich benötigt werden. Hier ersparen wir uns zukünftige Personalausgaben.

Die Zusammenführung der oben genannten Einrichtungen zu „einem Wirtschaftsbetrieb“ lässt Synergieeffekte dadurch erwarten, dass der Einsatz von Personal und Maschinen besser koordiniert werden kann. Diesem Effekt stehen in der derzeitigen Struktur die Verantwortlichkeit der Fachbereichsleiter (jeder für seinen Bereich) entgegen. Maschinen lassen sich zukünftig durch entsprechende Planung besser auslasten – im Bereich Personal ergeben sich Einsparungen durch bessere Möglichkeiten im Vertretungsfall bei Urlaub, Krankheit und Fortbildung sowie bei der Organisation von Bereitschaftsdiensten. Diese Maßnahmen haben sofortigen Einfluss auf die Entwicklung der Gebühren.

Das von den Kritikern der Bildung einer AöR stets geführte Argument, dass diese vorgenannten eventuellen Einsparungen durch „angemessene Geschäftsführergehälter“ in der Höhe von 175 000,- Euro und mehr wieder aufgezehrt würden, entbehrt jeder Grundlage. Die CDU-Fraktion ist sich sicher, dass für die ersten Wirtschaftsjahre die Geschäftsführerposition so zu besetzen ist, dass keine höheren Personalausgaben hierfür entstehen als in der jetzigen Struktur für Bedienstete mit höheren Bezügen. Im Übrigen muss es Ziel bleiben, auch diese Vergütungen zukünftig leistungsbezogen zu gestalten – also, dass die Geschäftsführung, wie auch andere Mitarbeiter, nach dem wirtschaftlichen Erfolg der AöR bezahlt werden.

Die AöR als rechtlich selbständige Einrichtung der Stadt hat auch das Recht der Gebührensatzung. Hier muss im Rahmen der Satzungsberatung eindeutig beschlossen werden, in welchem Umfang die politischen Gremien Einfluss auf die Gebühren haben, z.B. ob der Rat den Gebühreenvorschlägen der AöR lediglich zustimmen muss oder ob der Rat ein eigenes Vorschlagsrecht hierfür erhält.

Die notwendige Kontrolle des Vorstandes der AöR erfolgt durch den Verwaltungsrat, der sich mindestens zur Hälfte aus Ratsmitgliedern zusammensetzen muss. Auch hier müssen während der politischen Debatte über die Satzungsgestaltung Regelungen über die Größe des Verwaltungsrates (mindestens 7 Mitglieder) gefunden werden. Außerdem muss diskutiert werden, wie und in welcher Form möglichst alle im Rat vertretenen Parteien im Verwaltungsrat vertreten sind.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Rechtsform AöR allein keinen Erfolg ausmacht. Sie bietet aber rechtlich und organisatorisch die Möglichkeit, mit einer starken Führung (Vorstand, Verwaltungsrat) in der Weise wirtschaftlich erfolgreich zu sein, dass die Gebühren für hoheitliche Leistungen (Wasser, Abwasser, Bestattungen etc) auch zukünftig für die Bürger der Stadt Espelkamp bezahlbar bleiben.



Der Anbau am Feuerwehrgerätehaus in Frotheim wurde von der Stadt mit 140.000,- Euro bezuschusst. Dabei wurden große Eigenleistungen der Feuerwehr erbracht.

7. Aktivitäten

Die jüngste Standortumfrage der IHK hat es bestätigt: Espelkamp ist mit seinem Kulturangebot kreisweit „spitze“. Die CDU und Bürgermeister Heinrich Vieker werten dies als Auszeichnung und gleichzeitig als Auftrag: Kultur ist ein zentraler Imageträger für die Stadt Espelkamp, ein bedeutender „weicher“ Standortfaktor und gleichzeitig ein wichtiges Instrument der Integrationsarbeit in einer Stadt, in der Menschen so vieler unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturkreise miteinander leben. Daher hat die CDU zusammen mit Heinrich Vieker in der vergangenen Wahlperiode auch große Ereignisse in Espelkamp mit angestoßen, die weit über den Kreis Minden-Lübbecke hinaus Beachtung gefunden haben. Voraussetzung dafür war die Gründung des Stadtmarketingvereins „Initiative Espelkamp“, dessen Vorsitzender der Bürgermeister ist. Besonders hervorzuheben sind die Aktion „Espelkamp blüht auf“ im Jahr 2001, deren Folgen jetzt jedes Frühjahr in unserer Stadt zu bewundern sind, wenn Tausende Krokusse den Grünanger zieren, sowie die Veranstaltungen „Ab in die Mitte“ in den Jahren 2002 und 2003, die wegen ihrer Qualität jeweils zu den Landessiegern in NRW zählten und mit hohen Fördergeldern des Landes unterstützt wurden.

Im Jahr 2004 setzt die Stadt Espelkamp mit dem erstmals veranstalteten Rudolf-Weber-Bildhauersymposium einen weiteren kulturellen Akzent. Außerdem soll ab diesem Jahr jährlich ein Stadtfest unter dem Motto „Sommer auf dem Anger“ den städtischen Veranstaltungskalender bereichern. Die CDU und Bürgermeister Heinrich Vieker freuen sich besonders darüber, dass entsprechende Initiativen von Stadt und Marketingverein regelmäßig von zahlreichen Sponsoren gewürdigt und finanziell unterstützt werden. „Private-Public-Partnership“ wird in Espelkamp gelebt.

Aber es sind natürlich nicht nur Veranstaltungen, die das kulturelle Klima und die Freizeitqualität einer Stadt bestimmen. Nicht mehr wegzudenken sind die traditionellen

Kulturveranstaltungen und Festivitäten in unserer Stadt. Dazu zählt das City-Fest ebenso wie die Sommerfeste im Ludwig-Steil-Hof und in Schloss Benkhausen, ebenso die Kleinkunstbrettelbühne des Bürgervereins Gestrigen, die „Nacht der Komödianten“, die Frauenkulturtag, die Arbeit des Bürgerhausvereins Espelkamp und natürlich das alljährlich bestechende Programm des Volkshilbungswerkes im Neuen Theater.



Dass unser Theater in jeder Hinsicht zu einer Glanznummer geworden ist, verdankt unsere Stadt hauptsächlich der Familie Harting und der CDU-Fraktion.

CDU Espelkamp

zuverlässig

bürgernah

kompetent

Aktuelle Informationen unserer Kandidaten für den Stadtrat und unseren Bürgermeister finden sie unter

www.cdu-espelkamp.de

www.heinrich-vieker.de



CDU